

UN-Millenniumsziele brauchen größere Anstrengungen

Beschluss des CDU-Bundesfachausschusses Internationale Zusammenarbeit und Menschenrechte unter der Leitung von Armin Laschet MdEP, vorgelegt von Peter Weiß MdB:

Bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 2000 haben sich die Staats- und Regierungschefs der 191 UN-Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, gemeinsam bis zum Jahr 2015 acht zentrale „Millenniums-Entwicklungsziele“ (MDGs) zu verwirklichen. Der Zeitraum zur Umsetzung der MDGs ist bereits zu einem Drittel verstrichen. Die Millenniumserklärung der UN hat die Mitgliedsstaaten zudem auf eine insgesamt entwicklungsorientierte Politik verpflichtet. Auch wenn es vereinzelt positive Entwicklungen gibt – viele der ärmsten Länder der Erde sind noch weit von ausreichenden Fortschritten entfernt. Armut und Hunger haben seit dem Millenniumsgipfel im Jahr 2000 in manchen Regionen der Welt sogar weiter zugenommen. Ebenfalls ungleichmäßig verteilt sind die Fortschritte bei der Senkung der Kindersterblichkeit (Ziel 4). In Afrika südlich der Sahara, der Region mit der weltweit höchsten Kindersterblichkeitsrate, sind kaum positive Anzeichen sichtbar. Insgesamt unzureichend sind die Erfolge bei der Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen schweren Krankheiten (Ziel 6). Zwar ist es gelungen, in einigen Ländern Afrikas die Zahl der HIV-Neuinfektionen zu reduzieren. Die weltweite Verbreitung des Virus sowie von Malaria und Tuberkulose nimmt aber weiter zu.

Generell ist immer mehr zu befürchten, dass gerade die am meisten von extremer Armut, Hunger und Krankheiten betroffenen Länder insbesondere im subsaharischen Afrika in den kommenden Jahren bei der Umsetzung der MDGs noch weiter zurückfallen. Auch wenn die Armutsbekämpfungsziele durch die wirtschaftlichen Fortschritte in Indien und China statistisch vielleicht sogar erreicht werden, drohen die ärmsten der Armen bei dieser Entwicklung dennoch im Schatten stehen zu bleiben.

Der große Durchbruch auf dem Weg zur Verwirklichung der MDGs lässt noch immer auf sich warten. Unterdessen wird die Zeit knapp. Sollen die MDGs bis 2015 tatsächlich erreicht werden, müssen sowohl die armen als auch besonders die reichen Länder entscheidend größere Anstrengungen erbringen als bisher. 2005 ist deshalb ein entscheidendes Jahr für die Armutsbekämpfung.

Hauptgründe für die bisher unzureichenden Fortschritte sind

auf der Seite der Entwicklungsländer:

- Mängel bei der Regierungsführung etwa bei der Schaffung größerer Rechtssicherheit im Bereich institutioneller Reformen
- mangelnde Einbeziehung aller relevanter Bevölkerungsgruppen in die Strategien zur Armutsbekämpfung
- falsche Prioritäten bei der Formulierung einer entwicklungsorientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik
- Defizite bei demokratischer Teilhabe und Entwicklung der Zivilgesellschaft

auf der Seite der Industrieländer:

- ein unzureichender Einsatz finanzieller Ressourcen für die Entwicklungszusammenarbeit
- unzureichende Instrumentarien, die Entwicklungsländer auf eine entwicklungsorientierte Politik zu verpflichten bzw. auf Versäumnisse bei der Schaffung geeigneter politischer Rahmenbedingungen zu reagieren
- mangelnde Zuverlässigkeit, Vorhersehbarkeit und Langfristigkeit der EZ-Mittel

Die CDU Deutschlands fordert:

- (1) Die Industrienationen und besonders Deutschland müssen kurzfristig deutlich mehr Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stellen. Der finanzielle Abstieg der Entwicklungszusammenarbeit in Deutschland muss umgekehrt werden. Der Anteil der offiziellen Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen Deutschlands (ODA-Quote) stagniert bereits seit Jahren bei 0,27 bis 0,28 Prozent. Selbst auf diesem niedrigen Niveau konnte die ODA-Quote nur gehalten werden, weil ODA-anrechnungsfähige Schuldenerlassmaßnahmen die Bereitstellung neuer Entwicklungshilfegelder ersetzt haben. Gerade die ärmsten Länder mit den geringsten Fortschritten bei der Bekämpfung von Hunger und extremer Armut brauchen aber dringend einen deutlich aufgestockten Zufluss „frischer“ Entwicklungsgelder, um die MDGs überhaupt erreichen zu können. Der deutsche Beitrag zur Erreichung der MDG's bleibt unklar, da die Bundesregierung zu ihrem Aktionsprogramm 2015 nach wie vor keinen Umsetzungsplan vorgelegt hat.
- (2) Die Entwicklungszusammenarbeit der Industrieländer muss sich stärker als bisher auf die Millenniumsziele konzentrieren. Ihre Entwicklungspolitik muss sich dazu mehr an

den tatsächlichen Notwendigkeiten einer MDG-basierten Armutsbekämpfungsstrategie orientieren. Das deutsche Engagement verzeichnet gerade für die entsprechenden Sektorprogramme zum Teil deutliche Rückgänge. Statt zu tun, was zur Armutsbekämpfung beiträgt, erklärt die deutsche Politik alles zur Armutsbekämpfung, was sie tut. Erfolge wird es aber nur geben, wenn die Entwicklungszusammenarbeit gezielt auf die Schlüsselsektoren der Armutsbekämpfung ausgerichtet wird.

- (3) Es muss sichergestellt sein, dass die MDG-Fortschritte global und flächendeckend wirken und insbesondere das Ziel, die Zahl der Ärmsten weltweit um die Hälfte zu reduzieren, nicht allein durch die ökonomischen Fortschritte Indiens und Chinas erreicht wird. Die Erfahrungen der ersten fünf Jahre des Umsetzungszeitraumes haben gezeigt, dass vor allem die Länder Afrikas südlich der Sahara besondere Unterstützung bei der Verwirklichung der MDGs benötigen. Es wäre nicht damit getan, wenn im Jahr 2015 die Ziele im weltweiten Durchschnitt aufgrund der Statistik zwar erreicht würden, zugleich ganze Regionen aber keinen Anteil an der Fortschrittsentwicklung hätten.
- (4) Auch die Zivilgesellschaften in den Industrieländern müssen sich deshalb aktiver am Prozess der MDG-Umsetzung beteiligen. Die Millenniumsziele sind vielen Menschen noch kein Begriff. 88 Prozent der Menschen in Europa haben nach Daten der EU-Kommission noch nie etwas von den MDGs gehört. Die Millenniumsziele brauchen Legitimation und Unterstützung durch eine breite gesellschaftliche Kampagne, sollen sie wirklich erreicht werden. Nur eine solche Bewegung wird die erforderliche Kraft aufbringen, die Regierungen der Entwicklungs- und Industrieländer wirksam auf die Verwirklichung der Ziele zu verpflichten. Die CDU Deutschlands unterstützt deshalb die vom Verband der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (VENRO) mit getragene Kampagne „weltweite Aktion gegen Armut“.